

Der Klimaclub: Mehr Schein als Sein?

André Algermißen, Kevin Oswald

Am 28. Juni 2022 endete der unter deutscher Präsidentschaft stehende G7-Gipfel auf Schloss Elmau, bei dem auch die Klima- und Energiepolitik im Mittelpunkt stand. Die Staats- und Regierungschefs einigten sich auf die Gründung eines Klimaclubs möglichst bis Ende des Jahres. Dieses Vorhaben, das maßgeblich von Bundeskanzler Olaf Scholz angestoßen wurde, soll vor dem Hintergrund des Pariser Klimaabkommens die Maßnahmen gegen den Klimawandel beschleunigen. Die sieben größten Industriestaaten gehören mit einem Anteil von rund einem Viertel der globalen Emissionen zu den CO₂-Hauptemittenten. Ohne substanzielle Emissionsreduktionen in dieser Staatengruppe, die auch eine wichtige Vorbildfunktion einnehmen könnte, ist das 1,5-Grad-Ziel des Abkommens nicht zu erreichen. Der vereinbarte Klimaclub basiert auf drei Säulen: erstens, die Reduktion der Emissionsintensität der teilnehmenden Volkswirtschaften, zweitens, der Umbau von Industriezweigen zur Beschleunigung der Dekarbonisierung und drittens, der Ausbau von internationalen Partnerschaften und Kooperationen.

Die Idee des Klimaclubs geht auf das theoretische Konstrukt des Wirtschaftsnobelpreisträgers William D. Nordhaus zurück. Dessen Grundidee ist die Überwindung des beim globalen Klimaschutz auftretenden „Trittbrettfahrerproblems“ (free rider problem), worunter zu verstehen ist, dass handlungsunwillige Staaten von klimaschutzpolitisch ambitionierten Staaten und deren Implementierungsmaßnahmen profitieren. Um diesen negativen Effekt zu vermeiden, gilt es, multilaterale Abkommen mit einheitlichen Standards im Hinblick auf die Ziele zur Verminderung von CO₂-Emissionen zu schließen. Ein entscheidender Faktor sind Strafzölle oder eine CO₂-Grenzausgleichssteuer, die gegenüber allen nicht am Club teilnehmenden Staaten erhoben werden. So soll gewährleistet werden, dass trotz höherer Klimaaufgaben und damit verbundenen potenziellen Kostennachteilen die Wettbewerbsfähigkeit der Clubmitglieder erhalten bleibt und ein Abwandern von Industrien vermieden werden kann. Die Konformität der beschriebenen Instrumente mit geltenden Regeln der Welthandelsorganisation ist dabei zwingend zu prüfen, um deren Prinzipien nicht zu konterkarieren.

Obgleich sich die Formulierung einer „expliziten CO₂-Bepreisung oder anderer Ansätze zur CO₂-Minderung und Reduzierung der Kohlendioxidintensität“ vage in der Gipfelerklärung zum Klimaclub wiederfindet, scheint eine zeitnahe Verwirklichung auf Ebene der G7 unwahrscheinlich. Anders als die EU sind beispielsweise die USA und Japan von einem lenkungswirksamen CO₂-Preis auf nationaler Ebene weit entfernt. Darüber hinaus ist gerade jetzt vor dem Hintergrund des langwierigen Krieges in der Ukraine, der weltweiten Energie- und Ernährungskrise und einer drohenden globalen Rezession kaum vorstellbar, dass sich die G7-Staaten zügig auf ein gemeinsames CO₂-Bepreisungssystem einigen werden. Denn dies hätte mit großer Wahrscheinlichkeit Handelskonflikte mit den Staaten außerhalb des Clubs zur Folge. Gleichzeitig kann eine solche Initiative aber nur erfolgreich sein, wenn es ihr gelänge, eine hohe Attraktivität auf potenzielle Mitglieder auszustrahlen und gleichzeitig nach innen möglichst kohärente Ansätze zur effektiven Verminderung der CO₂-Emissionen gemeinsam anzuwenden. Dazu gilt es allerdings, eine realistische Erwartungshaltung zu formu-

lieren, die Instrumente genau zu benennen und sich nicht – wie in der G7-Erklärung zum Klimacub erfolgt – in Allgemeinplätzen zu verlieren.

Die sieben westlichen Industriestaaten werben in ihrer Abschlusserklärung damit, dass der Klimacub einen inklusiven Ansatz verfolge und allen Ländern offenstehe, die sich zur uneingeschränkten Umsetzung des Pariser Klimaabkommens bekennen. Dieses Bekenntnis ist zu begrüßen, da das langfristige Ziel einer Aufnahme der Entwicklungs- und Schwellenländer in den Club essenziell für eine weltweite substanzielle Emissionsreduktion ist. Andererseits gilt es auch, die Bedürfnisse der Entwicklungsländer adäquat zu berücksichtigen und den Anschein eines klimapolitischen Protektionismus tunlichst zu vermeiden. Wie die Einbindung dieser Länder – abseits von Diskussionen und Beratungen – konkret aussehen könnte, bleibt hingegen offen, wäre für einen Klimacub, der mehr sein will als bloßer Schein, jedoch unabdingbar.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

André Algermißen

Klima, Landwirtschaft und Umwelt
Analyse und Beratung

andre.algermussen@kas.de

Kevin Oswald

Energie und Ressourcen
Analyse und Beratung

kevin.oswald@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.